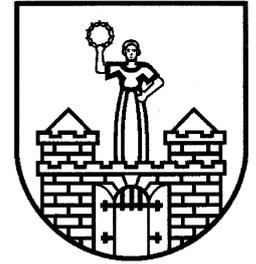


Reinhard Stern  
Vorsitzender des Finanz-und Grundstücksausschusses  
der Landeshauptstadt Magdeburg



Rede zum Haushaltsplanentwurf 2024 auf der 077(VII)/23-Stadtratssitzung  
am 11. Dezember 2023

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrte Beigeordnete,  
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,  
sehr geehrte Damen und Herren,

dies ist mein 33. Haushaltsentwurf, den ich mit beschließen darf und seit 2009 darf ich ihnen die Stellungnahme des Finanzausschusses dazu übermitteln. Einiges ist nun schon Tradition, die Einbringung vor Weihnachten, was nicht überall im Land geschafft wird.

Ich habe im August 1990 nach der Wende den Haushalt der Stadt mit beschlossen, wir waren 150 Stadtverordnete und in der Stadtverwaltung waren 14000 bis 16000 Personalstellen in der Kernverwaltung neu strukturieren, zu verteilen und auch teilweise abzubauen. Ende 1990 waren wir dann als erste Stadt im Osten, die einen Haushalt nach bundesrepublikanischem Recht beschlossen hatte

Mitte der 2000er Jahre 2004 bis 2008 hatten wir nochmal eine schwierige Situation. Die Oberbürgermeisterin und Herr Dr. Gottschalk kennen die Situation. Sparen war angesagt in allen Bereichen. Fast 200 Einzelsparvorschläge mussten umgesetzt werden. Für die Verwaltung und dem Stadtrat keine einfache Situation, Personaleinsparungen, Neugliederung und Ausgliederung in der Kernverwaltung waren angesagt. Symbolhaft dafür vielleicht - Das Licht auf dem Magdeburger Ring wurde abgeschaltet.

Der jetzige Entwurf gehört nun auch wieder zu den schwierigen Entwürfen. Das Budget umfasst mit 998,5 Mio. EUR Erträgen und 1.020 Mio. EUR Aufwendungen eine Rekordsumme und damit ein Defizit von 21,5 Mio. EUR und das ist allerdings auch keine einfache Situation.

Wir müssen uns natürlich die Frage stellen, wo sind die Ursachen?

Zu Beginn unserer Beratungen wurde deshalb nach Einbringung des Haushaltsentwurfes durch die Beigeordneten die Frage nach Einsparproblemen oder Ausgabeproblemen diskutiert.

Wir haben	2020 im FAG	88 Mio. EUR erhalten
	2021	97 Mio. EUR
	2022	95 Mio. EUR
	2023	108 Mio. EUR im Plan
	2024 sollen es	147 Mio. EUR sein.

Dazu kommen Investpauschalen etc. Schlüsselzuweisungen von 47 Mio. EUR erhalten wir 2024 mehr als 2023, 47 Mio. EUR sind in die Planung, eingespeist (Energiepreise, Inflationssteigerung und Tarifsteigerungen sind aber nach Ansicht der Verwaltung nicht auskömmlich finanziert)

Bei den Steuereinnahmen (Anteil ESt, Gewerbesteuer, Anteil Umsatzsteuer, Grundsteuer (32 Mio. EUR), Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Zweitwohnungssteuer) sieht es so aus:

	Ist 2020	227,8 Mio. EUR	
	Ist 2021	251,2 Mio. EUR	
Steuerschätzung	Ist 2022	265,8 Mio. EUR	30 % Steigerung
296 Mio. EUR	Plan 2023	269,7 Mio. EUR	
	Plan 2024	293 Mio. EUR	

Damit haben wir von 2020 bis 2024 eine Steigerung von 23,91 % auf 28,97 % der Steuereinnahmen am Gesamtertrag.

Durch immer mehr Liquiditätskredite wurden in den vergangenen Jahren unsere Mehrbelastungen gedeckt, damit steigen unsere Zinsbelastungen

2022	von	5 Mio. EUR
2023	Plan	11,2 Mio. EUR
2024	Plan	17,1 Mio. EUR

Unsere Verschuldung hat mittlerweile die Summe von

2022	572 Mio. EUR	
2023	598 Mio. EUR	erreicht.

Wir haben eine Nettoneuverschuldung von 46 Mio. EUR. In dem Zusammenhang haben wir den Bericht des Landesrechnungshofes zur Kenntnis genommen.

Ich darf zitieren:“ Beim Blick auf den Schuldenstand zeigt sich, dass vier Aufgabenregionen einen Verschuldungsgrad von über 50 % aufweisen ..... erstmals auch die Landeshauptstadt Magdeburg (53%). Der Gesamtschuldenstand der kommunalen Haushalte stieg trotz Rekordeinnahmen. Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang der hohe Bestand an Kassenkrediten. Dies macht die Kommunen, anfällig für Zinsrisiken. Warum die Kommunalaufsicht hier nicht längst eingegriffen hat, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir haben die Verwaltung um eine Stellungnahme zum Bericht gebeten. Zur Klausur lag sie nicht vor.

Wie bei jedem Entwurf spielen die Personalkosten auch wieder eine wichtige Diskussion – 2003 hatten wir 4800 Stellen in der Kernverwaltung.

Bis 2010 ist die Anzahl unserer Stellen in der Kernverwaltung kontinuierlich gesunken – ab 2010 mit 2569 Stellen gibt es bis jetzt einen Aufwuchs auf 3506 Stellen.

Die Ursachen sind vielfältig – keine Konnexität bei Gesetzen des Bundes und des Landes, neue Aufgaben, ausufernde Bürokratie etc.

Die Kostenentwicklung zeigt von 2020 von 171 Mio. EUR auf jetzt 211, 9 Mio. EUR gestiegene Personalkosten. Hier sind endlich Einsparungen angesagt.

Bei den weiterhin umfangreichen Aufgaben und neuen Aufgaben im Sozialen, bei den Investitionen usw. vermute ich, ist kein Ende in Sicht.

Wir sollten deshalb bei Neueinstellungen genau hinschauen, ob diese Aufgaben nur durch die Kommune erledigt werden kann. Jede neue Personalstelle gehört auf den Prüfstand. Hiervon sollte kein Bereich ausgenommen werden.

In den vergangenen Jahren hat die Stadt gewaltige Investitionen gestemmt. Als Beispiel möchte ich die Sanierung von Schulen und Kitas nennen, Eisenbahnunterführung Ernst-

Reuter-Allee, neue Strombrücke, Hyparschale, Stadthalle. Die Investitionstätigkeit nimmt nicht ab – Eulenberg, High-Tech-Park, Stadthalle, Neubau Schule Uniplatz.

Der Umfang der Investitionen beträgt in 2024 ca. 144 Mio. EUR.

Was bei der Durchführung und Fertigstellung der Projekte auffällt und wir auch in unserer Beratung diskutiert haben, ist die ständige Überziehung der Kosten.

Jedes Projekt, jede Baumaßnahme (fast) hat nur Kostenerhöhungen und Zeitverzug zur Folge. Aber nicht von 10 bis 15 %, nein, es sind exorbitante Steigerungen im Baubereich, das treibt die Kredite, das treibt die Verschulung. Wo liegen die Ursachen?

Mal ein Beispiel. Die Sanierung des Editha – Gymnasiums. Bestätigung EW- Bau 08/16 mit 15,1 Mio. Baukosten, Fördermittelprüfung 19 Monate, Baubeginn 05/19, Fertigstellung 08/21 2019 Kostenerhöhung, 2020 Kostenerhöhung, 2021 Kostenerhöhung insgesamt Mehrkosten von 6,8 Mio.

Auf unserer Klausur wurden einige der Ursachen mit dem KGm und dem Baudezernat versucht zu erkennen. Energiekosten steigen durch eine völlig unsinnige Energiepolitik, Engpässe bei Lieferketten und Material, tarifliche Erhöhungen in allen Gewerken, durch die öffentliche Vergabep Praxis aufwendige Vergabeprozesse, ein nicht zu unterschätzender Kostenfaktor.

Fördermittel sind oft ein süßes Gift. Besonders ärgerlich ist der Fall der Strombrücke. Seit 2021 sprechen wir im Finanzausschuss das Thema an. Seit 2021 werden immer auf Gespräche zwischen Land und Stadt hingewiesen. 68 Mio. EUR Fördermittel und 20 Mio. EUR Mehrkosten sind seitdem offen und treiben unsere Schulden.

Ärgerlich sind auch solche Fälle, wo die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungseinheiten schleppend verläuft, wie beim Projekt Moldenstraße – 18 Monate für eine Baugenehmigung für einen Aufzugsanbau sind schon sportlich und trägt auch zu Mehrkosten bei. Oder die verfehlte Planung beim Projekt Nicolaiplatz. Beachtung von Örtlichkeiten und Baugrunduntersuchungen sind im Vorfeld einer Planung manchmal nicht schlecht!

Es ist deshalb zu begrüßen, ein Großprojekt wie die Schule Listemannstraße einem TÜ zu übertragen und damit Erfahrungen beim Bau Schule Kobeltstraße und der PPP-Projekte zu nutzen.

Wir können nur hoffen, dass man Erfahrungen nutzt und die Vorbereitungen sorgfältig plant – das ist das A und O. Vielleicht tragen dazu auch Umstrukturierungen im Dezernat VI bei.

Wir wollen 2024 immerhin wieder 133 Mio. EUR an Investitionen stemmen und der Magdeburger Ring liegt noch vor uns.

Einigkeit in der Diskussion und starke Unterstützung beim Dezernat III. Die Aufgaben in Zusammenhang mit dem Baubeginn und der Durchführung der Baumaßnahme INTEL wird die Zusammenarbeit und der Verwaltung und die Beschlussfähigkeit des Stadtrates in den kommenden Jahren prägen. Neben den bereits angesprochenen Investitionen im Schulbereich, bei Kitas und im Kulturbereich (Archiv) prägt die Diskussion zum Theater und dem Theatervertrag mit dem Land die Diskussion, trotz Zuschusserhöhung bleiben hier noch Finanzierungslücken.

Unsere Diskussion über das Budget des Dezernates V war geprägt von der Diskussion über den Gesamtetat von 412 Mio. EUR Aufwendungen, der fast 55 % unseres Haushaltes ausmacht – weitere Steigerungen in den kommenden Jahren nicht ausgeschlossen.

Bei der Einbringung wies Herr Dr. Gottschalk darauf hin, dass insbesondere im Bereich HzE und Kifög weitere Kostensteigerungen zu befürchten sind.

Auch im Asylbewerberbereich steigt der Finanzbedarf. Auch hier gibt es keine auskömmliche Finanzierung. Wir hatten bereits 2023 eine Unterdeckung von 2,5 Mio. EUR, auch 2024 gilt die Forderung weiterhin an das Land. Übrigens sind wir damit nicht allein. Von Garmisch bis Flensburg gibt es die Forderung von OBs und Landräten, endlich das Thema zu lösen. Die steigende Zahl der Zuwanderer wirkt sich deutlich auf den Sozialhaushalt und die Infrastruktur aus.

Auch in der Stellungnahme der Verwaltung wird der DkHZE und das Kinderfördergesetz als risikobehaftete konsumtive Erträge bezeichnet. Hinzu kommen Planungsrisiken im Bereich Sozialhilfe und bei der Unterbringung von Migranten. Insgesamt kommen hier Planungsrisiken von ca. 16. Mio. EUR konsumtiv zusammen.

Konsumtive risikobehaftete Aufwendungen sind weiterhin u.a. Zuschüsse MVB, ausstehende Besoldungsanpassung Beamte, Klinikum Olvenstedt.

Wir sind uns einig, ohne Konsolidierungsanstrengungen wird es nicht gehen. Wir begrüßen deshalb die Anstrengungen der Verwaltung im Personalbereich, für neue Einnahmen bei einer Übernachtungssteuer, neue Parkgebühren.

Erhebliche Diskussion gab es allerdings bei der vorgesehenen Erhöhung der Grundsteuer, weil das die Bürger direkt belastet. Wir greifen bei den Nebenkosten auf die Mieten ein.

Den Ausgleich des Ergebnis-Finanzhaushaltes wird nach Planung erst 2027 erreicht, auch weil wir nicht, wie z. B. 2022, auf Ergebniserücklagen zurückgreifen können. Planungsrisiken verschärfen die Situation weiter.

Die Haushaltssperre der Oberbürgermeisterin für 2023 ist deshalb eine richtige Maßnahme.

Man hat aber manchmal den Eindruck, bei nicht allen ist das bisher angekommen, sowohl in der Verwaltung als auch im Stadtrat. Wir können die schwierige Haushaltssituation nur gemeinsam stemmen und unseren Nachfolgern solide Finanzen übergeben.

Ich sage mir immer, es ist nicht mein Geld, es ist das Geld der Bügerrinnen und Bürgern der Stadt, wir müssen damit verantwortungsbewusst umgehen.

Im Ausschuss hatten wir über 55 Anträge zu befinden, ein Kostenaufwuchs von 1,6 Mio. EUR. Zu den einzelnen Anträgen wird es sicher in der Diskussion etwas zu sagen geben.

Nach 7 Stunden waren wir fertig.

An der Stelle unser Dank an den FB 02 für die Vorbereitung und Durchführung der Klausur. Dank auch des Ausschusses an die Oberbürgermeisterin und an die Beigeordneten für die Einbringung und Diskussion mit den Stadträtinnen und Stadträten.

Meinen Dank auch an alle Mitglieder des Finanzausschusses. Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat mit 5 : 1 : 2 dem Haushaltsplan 2024, der Satzung 2024, dem Finanzplan 2024 und dem Stellenplan 2024 zuzustimmen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche noch eine schöne Adventszeit.